ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of
ZBW
Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Holthus, Manfred

Article — Digitized Version

Internationale Unternehmen im Vakuum

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Holthus, Manfred (1971) : Internationale Unternehmen im Vakuum, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 51, Iss. 4, pp. 164-165

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/134245

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

Manfred Holthus

Internationale Unternehmen im Vakuum

Die deutsche Außenwirtschaft stand bisher unter einem günstigen Stern. Liberale Gesetze bewahrten sie vor einschneidenden Kontrollen der grenzüberschreitenden Transaktionen. Die Wirtschaft ihrerseits belohnte den Gesetzgeber mit ständigen Exportsteigerungen – der vermeintlich wirksamsten Medizin gegen „englische" und andere Krankheiten.

Zeitweilige „Überschußerscheinungen" ließen allerdings bei manchem schon den Verdacht keimen, daß soviel außenwirtschaftliche Freiheit wohl auch einen Preis haben müsse. Zwei DM-Aufwertungen sollten Preiskorrekturen erwirken, doch der Erfolg war mäßig. Und bald überwog auch nach der zweiten Währungsänderung der Stolz darüber, wie gut doch die Wirtschaft diese „kalte Dusche" überstanden habe, die Enttäuschung über den Mißerfolg der Maßnahme.

Eigentlich hätte außenwirtschaftlich alles harmonisch weiterlaufen können, wenn nicht der Finanzminister in seinem Bemühen, die zahlreichen Löcher in dem Säckel zu suchen und zu stopfen, aus dem die überfälligen inneren Reformen finanziert werden sollen, eines gefunden hätte, das wiederum von der Außenwirtschaft herrührt: die Steuerflucht multinationaler Konzerne. International verflochtene Unternehmen können nämlich durch Manipulation der internen Verrechnungspreise, durch Gründung von Holdinggesellschaften in Steueroasen oder durch gegenseitige Kreditgewährung ihre Gewinne weitgehend der Besteuerung entziehen.

Diese Vorgänge verdeutlichen, wie inkonsistent die Politik gegenüber den internationalen Wirtschaftsbeziehungen geworden ist. Denn noch orientiert sich die Außenwirtschaftspolitik an den Fakten, die in einem früheren Zeitalter dominierten. Der Handel mit Gütern gilt nach wie vor als beherrschendes Phänomen der internationalen Wirtschaftsbeziehungen. In den Aufwertungsdebatten entbrannte der Streit nur um die Erleichterung des Imports und um die Erschwerung des Exports. Mit dem am Rande eingeflochtenen Argument von der Begünstigung deutscher Investitionen im Ausland und der Hemmung ausländischer Anlagen in der BRD wurde lediglich um die Unterstützung jener gebuhlt, denen aus nationalistischen Gründen zwar die Aktivitäten amerikanischer Unternehmen in der BRD und Europa ein Dorn im Auge sind, nicht aber die Verbreitung deutschen Unternehmertums im Ausland.

Bei den meisten Staaten dominiert zwar noch der Warenhandel. Erst im Falle der USA und Großbritanniens übertrifft die Auslandsproduktion den Export um ein Vielfaches. Japan und die BRD stellen gerade ein Fünftel bzw. ein Drittel ihrer Ausfuhren im Ausland her. Aber die Tendenz wird immer deutlicher: International verbundene Unternehmen schicken sich an, zum beherrschenden Element internationaler Wirtschaftsbeziehungen zu werden. Eine Revision der Politik ist deshalb dringend erforderlich.

Die Hilflosigkeit des Finanzministeriums bei der Entwicklung geeigneter Kriterien zur Schätzung des steuerpflichtigen Gewinns solcher Unternehmen – insbesondere wenn Basisgesellschaften in Steueroasen zwischengeschaltet sind – ist angesichts dieser Entwicklung beängstigend. Das Ministerium steht allerdings

vor Problemen, die der Quadratur des Kreises gleichen. Einerseits sollen die für ein stetiges Wirtschaftswachstum vermutlich notwendigen Direktinvestitionen im Ausland erleichtert werden, andererseits soll den Unternehmen die dadurch möglich gewordene Steuerflucht verwehrt werden. Und doch ist dieser Vorgang symptomatisch für die Schwierigkeiten, mit denen in Zukunft gerechnet werden muß. Denn nicht nur die Finanzpolitik bedarf einer neuen außenwirtschaftlichen Absicherung.

Auch die Geld- und Währungspolitik muß in Übereinstimmung mit dieser neueren weltwirtschaftlichen Entwicklung umgestaltet werden. Spätestens nach der Aufwertung von 1961 ist den Wirtschaftspolitikern klar geworden, daß bei einer offenen Wirtschaft die Steuerungsmechanismen der nationalen Geld- und Kreditpolitik ihre Wirksamkeit verlieren. Seit der letzten Währungskorrektur steht fest, daß die dabei wirksam werdenden Mechanismen durch die beschleunigte Entwicklung multinationaler Konzerne entscheidend an Durchschlagskraft gewonnen haben. Nach amerikanischen Schätzungen ist 1969 wenigstens die Hälfte des spekulativen Geldzuflusses zur BRD auf Transaktionen international verflochtener Unternehmen zurückzuführen. Es kann also nicht einmal mit Sicherheit ausgeschlossen werden, daß durch Mißbrauch ökonomischer Macht die Entscheidung zur Paritätsänderung erzwungen wurde.

Die Einkommens- und Sozialpolitik erhält durch das Vordringen multinationaler Konzerne ebenfalls eine neue Dimension. Die Errichtung von Zweigbetrieben in Niedriglohnländern engt den Spielraum der nationalen Lohnpolitik ein und gefährdet die Sicherheit der Arbeitsplätze. Angesichts von mehr als zwei Millionen ausländischer Arbeitskräfte in der BRD ist das sicherlich kein akutes Problem, doch wer vermöchte mit Sicherheit zu behaupten, daß wir auf Dauer von der strukturellen Arbeitslosigkeit der USA und Großbritanniens verschont bleiben.

Außerdem muß die Entwicklungspolitik neu überdacht werden. Sie besteht bereits zu einem großen Teil in der Förderung privater Investitionen in Entwicklungsländern. Eine Forcierung dieser Politik steht nicht nur in der BRD zur Debatte. Ob damit allerdings den jungen Nationen Asiens, Afrikas und Lateinamerikas wirklich geholfen ist, steht noch nicht fest. Neben die auch für Industrieländer bestehenden politischen Unsicherheiten treten eventuell noch andere Nachteile. Multinationale Unternehmen neigen dazu, ihre Entscheidungszentren in Industrieländern zu belassen. Ihre Aktivität nimmt mit zunehmender Entfernung von diesen Zentren ab. Dadurch werden bestehende Einkommensgefälle und Abhängigkeiten eher konserviert als aufgehoben. Als sicher kann wohl angenommen werden, daß die Investitionen Profite erbringen. Ob sie aber vom Standpunkt des Gastlandes effizient sind, ist nicht erwiesen.

So profitieren von der gegenwärtigen außenwirtschaftlichen Situation mit Sicherheit nur die multinationalen Konzerne selbst. Ihr Beitrag zur Weltproduktion wird weiter rapide steigen und ihr Einfluß zunehmen; denn ihre weltumspannenden Transaktionen finden in einem politischen Vakuum statt.

Die nationale Wirtschaftspolitik ist nicht in der Lage, diese Vorgänge in den Griff zu bekommen. Die Finanzpolitik verliert mit zunehmender Bedeutung internationaler Unternehmen mehr und mehr an Wirksamkeit. Die derzeitigen Bemühungen um eine Eindämmung der Steuerflucht zeigen dies deutlich.

Die Geld- und Währungspolitik vermag bereits heute den nationalen Interessen nur noch bedingt Rechnung zu tragen. Einkommens- und Sozialpolitik einerseits und Entwicklungspolitik andererseits führen sich gegenseitig ad absurdum. Die Entwicklungspolitik fördert die Verlagerung arbeitsintensiver Produktionen in Entwicklungsländer, aus einkommens- und sozialpolitischen Gründen aber genießen gerade diese Industriezweige den Schutz eines ausgeprägten Protektionismus.

Nur wenn sich die Gewerkschaften und die wirtschaftspolitischen Instanzen in ähnlicher Weise internationalisieren wie die Konzerne, könnten international verflochtene Unternehmen der erforderlichen Kontrolle unterworfen werden. Doch zuvor gilt es, Funktion und Verhaltensweisen dieser neuen Unternehmensform exakt zu erforschen.